

Calw.  
 \*  
 haltung  
 N HOF  
 eses Monats.  
 Bühne  
 ert Maifch,  
 ndestheater.  
 of  
 punkt 8 Uhr  
 Lichts  
 Shakespeare  
 s punkt 8 Uhr  
 von Goethe  
 2.50 u. 1.50  
 g Häufiger.  
 nsum=  
 ein Calw.  
 getroffen:  
 rische  
 Bier  
 t. Ma. 1.60  
 peien  
 großer Ausl  
 / neueste  
 ster stels  
 Lager bel  
 Adolf  
 nginger  
 zergeschäft  
 Ober  
 rktstr.31  
 elbänke  
 en Spindeln ver  
 ert  
 eb Rathselber,  
 er, Altbulach.  
 2 Gaisfen  
 rkauf billig. Wer,  
 schäftsf. ds. Bl.  
 r  
 wäfche.  
 n.kalter  
 zellen.  
 schön  
 ffolg!

**Erscheinungsweise:**  
 Täglich mit Ausnahme der  
 Sonn- und Festtage.

**Anzeigenpreis:**  
 a) im Anzeigenteil.  
 Die Zeile 15 Goldpfennige  
 b) im Reklameteil.  
 Die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
 kommen 50% Zuschlag.

Für Plakvorschristen kann  
 keine Gewähr übernommen  
 werden.

Beziehungsstand für beide Teile  
 ist Calw.



**Bezugspreis:**  
 In der Stadt 40 Goldpfennige  
 wöchentlich, mit Trägerlohn.  
 Post-Bezugspreis 40 Gold-  
 pfennige ohne Bestellgeld.

Schluss der Anzeigen-  
 annahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht  
 kein Anspruch auf Lieferung der  
 Zeitung oder auf Rückzahlung des  
 Bezugspreises.

**Sprechstunde Nr. 9.**  
 Verantwortl. Schriftleitung:  
 Friedrich Hans Scheele.  
 Druck und Verlag  
 der A. Oelschläger'schen  
 Buchdruckerei.

Nr. 37

Montag, den 15. Februar 1926.

100. Jahrgang.

## Die Krise im Völkerbund.

### Um die Vermehrung der Ratsitze.

#### Die Pariser Besprechungen Chamberlains.

Zu London, 15. Febr. Der diplomatische Korrespondent des Observer bringt heute, anscheinend halbamtliche oder zum mindesten inspirierte Ausführungen über die Pariser Besprechungen Chamberlains. Er schreibt:

Die Ausführungen der französischen Presse über den angeblichen englischen Standpunkt in der Frage der Vermehrung der Ratsitze haben schon jetzt die Wirkung gehabt, daß die englische Regierung von ihrem Entschluß, über ihren Standpunkt abso- lutes Stillschweigen zu bewahren, abgekommen ist. Es würde nicht überraschend sein, wenn in den nächsten Tagen eine amtliche Erklärung erfolgt, die einige Behauptungen über Englands Haltung widerlegt. Die ganze europäische Presse sei in den letzten Wochen mit Pariser Nachrichten über angebliche Neußerungen Chamberlains angefüllt. Darum sei es notwendig, den englischen Standpunkt genau darzulegen. Die englische Regierung gehe von der Voraussetzung aus, daß die Völkerbundsversammlung am 8. März zur Wahl Deutschlands zum Mitglied des Völkerbundes zusammentritt. Der Völkerbundsrat werde gleich- zeitig zusammentreten und da die Signatarmächte des Locarno- vertrages zur sofortigen Wahl Deutschlands verpflichtet sind, werde diese Wahl im März stattfinden und gleichzeitig von der Völkerbundsversammlung ratifiziert werden. Das sei der ge- samte Inhalt der englischen Verpflichtungen. Die französische Diplomatie habe indessen in der Zwischenzeit den Versuch ge- macht, die Wirkung des deutschen Eintritts in den Völkerbund durch einen Plan zur Vermehrung der ständigen Völkerbunds- ratsitze aufzuheben. Der englische amtliche Standpunkt sei, wie der Korrespondent sagt, der, daß die Zuweisung von ständigen Ratsitzen an Polen und Spanien eine völlig neue Frage dar- stellt. Ehe in dieser Hinsicht eine englische Meinung oder Stim- me abgegeben werden kann, müssen andere Kandidaten und außerdem die Ansichten Frankreichs gehört werden. Im gegebe- nen Augenblick werde die englische Politik durch Treue zur Lo- carnopolitik, ferner durch eine ehrliche Auslegung der verspro- chenen Wiederaufrichtung der Großmachtposition Deutschlands unter Rücksicht auf die Interessen des Völkerbundes geleitet sein. Wenn überhaupt eine derartige Zuwahl in Frage käme, so könne sie nicht vor dem Herbst erörtert werden, wo die ordent- liche Versammlung des Völkerbundes stattfindet. Wenn der- selbe sogleich in Erwägung käme, so entspräche dies den eng- lischen Interessen. Wenn aber Frankreich, Polen und Spanien den Versuch machen sollten, in der Märzversammlung bereits die Frage der Vermehrung der ständigen Sitze aufzuwerfen, so würde die englische Regierung in eine sehr schwierige Lage kom- men und zwar vor allem deshalb, weil Deutschland einer Ver- mehrung der Ratsitze nicht zustimmen würde. Eine Zurücknahme des deutschen Antrages oder eine Verzögerung des deutschen Eintritts käme aber einer Aufhebung des Locarno-Vertrages gleich.

Der diplomatische Korrespondent der Sunday Express schreibt: Das Kabinett und das Auswärtige Amt sind wegen der Briand'schen Bemühungen um Vermehrung der Ratsitze schoner beunruhigt. Chamberlain habe bei seinem letzten Aufent- halt in Paris Briand keine bindenden Zusagen in der Frage der polnischen Ansprüche gegeben. Vielmehr habe Chamberlain erklärt, daß er nichts weiter tun könne, als den Vorschlag dem englischen Kabinett zu unterbreiten. Aber er hat, wie es scheint, auf die Dienste Spaniens hingewiesen, das bei der letzten Völ- kerbundsversammlung Mesopotamien England zugesprochen hat. Außer diesen Einflüssen und Schwierigkeiten gibt es, wie der Korre- spondent meint, noch weitere Schwierigkeiten. Zwei der leiten- den englischen Beamten im Völkerbunde, nämlich Sir Eric Drumond, der Generalsekretär und Sir James Salter, der Wirt- schaftsdirektor haben einander widersprechende Denkschriften über die Frage der Erweiterung des Rates abgegeben. Sir Eric Drumond ist für eine Vermehrung der Ratsitze, Sir James Salter gegen eine solche. Zu diesen Schwierigkeiten treten noch politische Bestrebungen der Kurie. Der Korrespondent meint, daß die Tatsache bei den gegenwärtigen Plänen zur Ver- mehrung der Ratsitze mitspielt, daß mit dem Eintritt Polens, Spaniens und Brasiliens, die alle römisch-katholische Mächte seien, im Völkerbund eine römisch-katholische Mehrheit entstehen würde.

**Schweden gegen einen weiteren Ratsitz.**  
 U Genf, 15. Febr. Wie das „Journal de Geneve“ mitteilt, hat eine Aussprache zwischen den Ratsmitgliedern über die Erhöhung der Zahl der ständigen Ratsitze stattgefunden. Der Vertreter Schwedens, der Berner Gesandte Hennig, habe seinen Kollegen zu verstehen gegeben, daß die schwedische Regierung unter keinen Umständen der Vermehrung der ständigen Rats- sitze zustimmen werde, abgesehen von dem Deutschland zuto- menden Ratsitz. Er sprach gleichzeitig die Hoffnung aus, daß auch die englische Regierung, die sich bisher in keiner Weise gebunden habe, dem schwedischen Standpunkt zustimmen werde. Aber auch wenn Schweden mit seiner Ansicht allein bleiben sollte, würde es sich der Vermehrung der ständigen Ratsitze widersetzen.

#### Vor einem deutschen Schritt in London?

U Berlin, 15. Febr. Die „Montagspost“ meldet aus Lon- don, daß nach dem „Sunday Express“ Deutschland in der Frage der Ratsitze einen diplomatischen Schritt unternehmen wi- re. Herr Schamer, der deutsche Botschafter in London, werde die Empfehlung seiner Regierung Chamberlain anfangs dieser Woche übermitteln. Er werde vielleicht sogar zu verstehen ge- ben, daß, wenn die Intrigue wegen der Ratsitze fortgesetzt werden sollte, Deutschland keine Steuernahe zum Völkerbund einer neuen Prüfung unterwerfen werde. Das könnte das Ende des Locarno-Vertrages bedeuten.

#### Der Generalsekretär des Völkerbundes nach Berlin abgereist.

U Genf, 14. Febr. Der Generalsekretär des Völkerbundes ist am gestrigen Vormittag aus Genf abgereist. Die Zeit sei- ner Anwesenheit in Berlin wird nicht bekanntgegeben, da man wäh- rend seines Aufenthaltes eine Demonstration des Publikums befürchtet. Es wird ihm ein Herr des Auswärtigen Amtes zu- gegeben werden. Der Generalsekretär will mit der deutschen Regierung über die Ausnahmefälle sprechen und über die Frage der Befreiung verschiedener Sekretariatsposten sprechen. Der Aufenthalt soll 3-4 Tage dauern.

#### Die Pariser Presse zur Stellensetzung im Völkerbunde.

Die Pariser Presse bespricht ausführlich die mit der Auf- nahme Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängenden Fragen. Besonders starkes Interesse erregt die Verteilung der Stellen im Völkerbundssekretariat. Die Angaben über die Zahl der Deutschland zufallenden Stellen lauten einander wi- dersprechend. „Journal des Debats“ glaubt zu wissen, daß Deutschland nur 8 Stellen im Sekretariat erhalten werde. Der „Temps“ widerspricht lebhaft der von der deutschen Presse verbreiteten Auffassung, daß Deutschland ein Recht habe, seinen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zurückzuziehen, wenn bei seinem Eintritt in den Völkerbund anderen Mächten Sitze im Rat eingeräumt würden. Das Blatt macht geltend, daß bereits seit längerer Zeit eine Erweiterung des Rates geplant gewesen sei. Wenn dieser Schritt mit der Aufnahme Deutsch- lands zusammenfalle, handele es sich nur um einen Zufall. Stärkste Propaganda macht das Blatt für den Eintritt Polens, „Journal des Debats“ warnt vor einer allzu großen Erweite- rung des Völkerbundesrates, weil dieser sich dann aus einem kleinen Kreise Auserwählter in eine parlamentarische Körper- schaft verwandeln würde.

## Polens Kampf gegen das Deutschtum.

### 39 Deutsche in Oberschlesien verhaftet.

U Kattowitz, 15. Febr. Wie jetzt bekannt wird, sind bisher bei der Aktion gegen den Deutschen Volksbund in Polnisch- Oberschlesien 39 Verhaftungen vorgenommen worden. Die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen erstrecken sich über das ganze Oberschlesien und sind in allen Orten erfolgt, in denen sich Ortsgruppen des Deutschen Volksbundes befinden. Die polni- schen Polizeibehörden verweigern jede Aufklärung über den Zweck der Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Freilassungen sind bisher nicht erfolgt. Die polnischen Blätter richten weiter die schärfsten Angriffe gegen Deutschland.

Die „Kattowitzer Zeitung“ schreibt zu den Hausdurchsuchungen und Verhaftungen beim Deutschen Volksbund in Kattowitz und seinen in Polnisch-Oberschlesien befindlichen örtlichen Vertre- tungen, daß als Begründung der Hausdurchsuchungen die Auffindung von Beweismitteln staatsfeindlicher Tätigkeit angegeben wor- den ist. Unter den Verhafteten befindet sich der frühere Schul- rat und gegenwärtige Referent des Arbeiterhochschulwesens im Volksbund, Andreas Dudel aus Kattowitz. Was bei den Unter- suchungen bis jetzt herauskam, ist leider infolge Ueberwachung der Telefonatbrüche unmöglich festzustellen.

Die polnischen Zeitungen in Ost-Oberschlesien benutzen diese Gelegenheit, um sich in den bestigsten Auslassungen gegen das Deutschtum in Polen, den Volksbund und nicht zuletzt gegen das deutsche Konsulat in Kattowitz zu ergehen. Der Gonice Slaski schreibt in seinem Leitartikel: Gegen die Deutschen gibt es nur ein System: sich von ihnen zu trennen und mit ganzer Konse- quenz danach zu trachten, sie von der polnischen Erde zu ver- treiben, auszurotten und zu vernichten. Mit der Gesellschaft der Spione, Berräter und Verräter wird das polnische Volk nicht arbeiten.

### Eine Friedensbotschaft der Kölner Frauen.

U Köln, 15. Febr. In der Rundfunkansprache der Kölner Frauen am Samstagabend, die von Königswinterhausen an alle europäischen Stationen verbreitet wurde, heißt es u. a.: „Köln ist frei! Die Königin des Rheines steht nicht mehr unter fremder Oberhoheit. Golden erglänzen die Kronen, hell auf glühen die Flammen ihres Wappens, das durch sieben lange Jahre mit Trauerfloren umhüllt war. Da gilt unser erster Gruß den Frauen jener rheinischen Gebiete, die sich noch

## Tages-Spiegel.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drumond, wird heute in Berlin erwartet.

Der deutsche Botschafter in Paris hatte eine Unterredung mit Philippe Berthelot über die Entwaffnung, Rheinlandbesetzung und Völkerbundeintritt Deutschlands.

Der Reichstag befaßte sich am Samstag mit dem Haushalt des Reichsverkehrsministeriums.

In der nächsten Zeit werden Handelsvertragsverhandlungen Deutschlands mit Kanada, Irland und Südafrika beginnen.

Gestern trat der deutsche Kreuzer „Hamburg“ von Cuxhaven aus eine auf 15 Monate berechnete Auslandsreise an.

Der amerikanische Kongress hat den Heeresetat genehmigt. Das Heer der Vereinigten Staaten zählt jetzt 11749 Offiziere und 118 583 Mann.

Die Sowjet-Regierung hat beschlossen, wegen des Ueberhand- nehmens von Eisenbahnüberfällen auf den Eisenbahnen den Be- zugspreis für Eisenbahnmaterialien zu erhöhen und die Verbote am Tat- ort standrechtlich zu erzwingen.

In Paris sind bei einem Zusammenstoß zwischen Tramway und Autobus 14 Fahrgäste zum Teil schwer verletzt worden.

nicht freuen können wie wir, deren Freiheit noch in nobelhafter Ferne liegt. Und ihnen rufen wir zu:

Haltet fest im Glauben an Deutschlands Zukunft, haltet fest an der Liebe zum Vaterland und haltet fest am Ver- trauen zu Euren deutschen Brüdern und Schwägern, die nicht ruhen und rasten werden, bis auf Grund des Sin- nes der geschlossenen Verträge und vor allem auf Grund der ewigen Menschenrechte das gesamte Deutschland wie- der frei ist — ganz frei!

Und unser zweiter Gruß gilt auch allen andern deutschen Frauen in den weiten Grenzen unseres heiliggeliebten Vaterlandes und auch Euch, die Ihr im Ausland, räumlich getrennt von uns, aber im Herzen und in der Liebe zum Vaterland mit uns verbunden seid. Eure Glückwünsche haben uns gezeigt, wie warm Ihr teilnehmt an unserer Befreiung. Wir danken Euch dafür! Wenn wir gelernt haben in den schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren, so ist es die Erkenntnis, daß jede Anachtung eines anderen Volkes Sünde ist und daß nur der Wille zum Frieden der Welt Segen bringt. Die Entwaffnung der Heere bliebe nur eine schöne Geste, wenn nicht die Entwaffnung der Geister und der Herzen bestimmend auf sie einwirkte. Das Glend aller Völker, auch der siegreichen, läßt uns Frauen im Friedenswunsche zusammenstehen und uns einigen in der heil- igen Ueberzeugung, daß über alle geistigen und geographischen Grenzen hinaus das Gefühl der Gemeinamkeit alles Menschentums in uns zum Erlebnis werden muß. Aus diesem Gefühl heraus wenden wir uns auch an die Frauen unserer Nachbar- völker und weit über sie hinaus an alle Frauen, die guten Willens sind. Und so rufen wir Euch allen zu: Wir Frauen wollen zusammenstehen, wir wollen uns die Hände reichen zum großen Werk des Friedens. Wenn wir wahrhaft frei in Einig- keit und Liebe mit festem Willen unser Bestes tun, so wird auch unser Werk ein Bau werden nicht aus toten Steinen, nein, aus lebendigen Menschenherzen, der gleich unserem Dom hineinragen möge in die Jahrtausende, reich an Gottesfrieden, reich an Menschenfrieden bis an das Ende der Tage.“

## Kleine politische Nachrichten.

Noch kein Streik der elsass-lothringischen Eisenbahner. Vom Ministerium für öffentliche Arbeiten wird erklärt, daß die Streikparole der elsass-lothringischen Eisenbahner noch nicht zur Ausführung gelangt ist. Eine unmittelbare Streikjahr scheint nicht zu bestehen.

Briand kündigt Vertreter Frankreichs im Völkerbunde. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, hat der Ministerrat in einer der letzten Sitzungen beschlossen, Briand zum ständigen Dele- gierten Frankreichs im Völkerbunde zu ernennen.

Spanisch-amerikanische Konferenz. Die spanische Regierung hat beschlossen, für den Oktober dieses Jahres eine spanisch-amerikanische Luftfahrtkonferenz nach Madrid einzuberufen. Einla- dungen zu der Konferenz sind auch an Portugal und die Staa- ten von Südamerika ergangen. Das Hauptziel der Konferenz ist, die Frage einer Luftfahrtverbindung zwischen Spanien und Südamerika zu prüfen.

Die britische Chinapolitik. Im Unterhause beleuchtete Cham- berlain in einer längeren Rede Englands Bemühungen um die Wiederherstellung seines Wirtschaftslebens und seines politi- schen Ansehens in China. In Süchina halte der von Kanton aus geleitete englandfeindliche Streik und Warenboykott unver- mindert an. Die Lage im übrigen China sei noch völlig unge- klärt. Die Lage im Yangtsetal und in Nordchina scheine sich günstiger zu gestalten, wenn nicht die Bürgerkämpfe immer wie- der ausbrechen würden. Diese allein begünstigten die bolschewi- stische Bewegung in China. Das chinesische Volk selbst sei dem Bolschewismus nicht freundlich gesinnt. Man dürfe aber nicht vergessen, daß eine fremde Macht die chinesischen Kommuni- sten unterstütze. Die britische Regierung werde die Ereignisse in China mit größtem Interesse verfolgen, denn damit könne sie ihren eigenen Staatsbürgern in China wohl die beste Hilfe in ihrem Abwehrkampf gegen die britischfeindliche Bewegung leisten.

# Was will Deutschland im Völkerbund?

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter.

Wenn wir heute die außenpolitischen Verhältnisse in ihrer Haupttrichlinie verfolgen wollen, so müssen wir immer und überall an den Vertrag von Locarno anknüpfen. Dabei ist zu beachten, daß diese Verträge weder von der einen noch der anderen Seite irgendwie als etwas Festes abschließendes aufgefaßt worden sind. Für die Hauptkontrahenten, Deutschland und Frankreich, bedeutet das Locarnoabkommen in der Sprache der Diplomatie ausgedrückt, einen *modus vivendi*, d. h. eine Vereinbarung, die für eine gewisse Spanne Zeit ein erträgliches soziales Nebeneinanderleben ermöglichen soll. Das ist nun nicht so zu verstehen, daß nach Ablauf einer, dem oder jener Vertragspartner angenehmen Frist die alten Gegensätze wieder in der früheren Schroffheit in Erscheinung treten können oder sollen. Diese Frist kann zum Nutzen der Vertragsteilnehmer auch zu einer gewissen inneren Annäherung, also zu einem gewissen seelischen Ausgleich der Gegensätze führen, wobei keineswegs etwa sentimentale Ideen mitzusprechen brauchen, sondern einzig und allein die nüchternen Erwägung ausschlaggebend sein kann, daß im Hinblick auf die Hauptziele jedes der beteiligten Staaten das sachliche Zusammenarbeiten vorteilhafter sein wird, als die Fortsetzung des Kampfes.

Wir haben an der Entwicklung der Beziehungen zwischen England und Frankreich ein nachahmenswertes Beispiel. Bekanntlich hatten sich diese beiden Völker auch jahrhundertlang aufs erbitterteste bekämpft, bis England aus weltpolitischen Erwägungen heraus sein Streben nach Beherrschung der jenseitigen Kanalküste aufgab, und um die Wende des 19. Jahrhunderts eine praktische Annäherung an Frankreich für nötig und nützlich hielt. Zwar haben auf kolonialen Gebieten die Gegensätze noch eine Zeit lang fortbestanden, aber im Blick auf die außenpolitischen Hauptziele wurden sie immer wieder überwunden und heute kann man ruhig sagen, daß sich die beiden Mächte über die Verteilung der kolonialen Einflußgebiete so ziemlich reiflich verständigt haben. Wenn hier und dort Meinungsverschiedenheiten auftreten, aus denen heraus man bei uns auf grundsätzliche Gegensätze zu schließen berechtigt zu sein glaubt, so haben wir bekanntlich in den letzten Jahren stets eine gerade für uns empfindliche „Enttäuschung“ erlebt, weil unser weltpolitisch noch ungeschultes Volk eben noch nicht taktische Schritte von einer grundsätzlichen Einstellung zu unterscheiden vermochte.

Die Nachkriegszeit hat uns nun in überreichlichem, ja erdrückendem Ausmaß — der Ausdruck „erdrückend“ ist hier wirklich in dem Wortes praktischer Bedeutung zu nehmen — eine Lehre darüber gegeben, daß wir auf unabsehbare Zeit mit einer geschlossenen Phalanx unserer direkten ehemaligen Kriegsgegner zu rechnen haben, eine Tatsache, die ja gerade auch anlässlich des Abschlusses der Locarnoverträge ganz klar in Erscheinung getreten ist. Von dieser feststehenden Grundlage ausgehend ist zweifellos auch der Schritt der deutschen Regierung erfolgt, der das Locarnoabkommen zum Ergebnis hatte. Es ist darauf hingewiesen worden, daß nach dem Dawesabkommen, das eine Atempause in bezug auf unsere finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Siegerstaaten bedeutete, Locarno für uns als zweite Atempause, und zwar diesmal auf rein politischem Gebiete zu gelten hat. Wir müssen diese in ihren Zeitmaßen nicht festgelegte Frist nun benützen, um die in den Verträgen gewährten Sicherheiten, die fraglos unter bestimmten Umständen problematischer Natur sein können, in der Richtung eines neuen Aufbaus unserer außenpolitischen Beziehungen so gut als möglich zu verwerten zu können.

Daß das in unserer Lage, in der uns keinerlei erhebliche politische oder gar militärische Machtmittel zur Verfügung stehen, außerordentlich schwierig sein und größte Vorsicht und Geduld erfordern wird, das hat ja auch die Reichsregierung in der Begründung ihrer Anmeldung zum Völkerbund zum Ausdruck gebracht, indem sie gleich von vornherein vor übertriebenen Hoffnungen warnte.

## Das Haus des Sonderlings.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

47. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Es genügt, wenn er meine Fragen leantwortet und sich über die Nacht vom 29. Mai ausweisen kann,“ sagte Wasmut gemächlich.

„Um ersteres zu können, muß er eben die Folgen des Morphiums, das ihn in völlig apathischen Zustand brachte, erst überwunden haben. Und letzteres hat seine Schwierigkeiten, weil der einzige Zeuge für die fragliche Zeit sich gegenwärtig auf einer Amerikareise befindet und nicht zur Aussage herangezogen werden kann.“

Dr. Wasmut lächelte immer ironischer.

„Aha — der berühmte Unbekannte?“

„Nein. Es ist der Gutsbesitzer Max Schönfeld, in dessen Gesellschaft Torwesten jene Nacht verbrachte. Unglücklicherweise stand der Mann im Begriff, sich einer Forschungsreise anzuschließen, und ist am nächsten Morgen abgereist. Nicht er also, sondern bloß sein gegenwärtiger Aufenthalt ist unbekannt.“

„Sie haben die Informationen von Torwesten selbst?“

„Zum Teil... ja.“

„Das dachte ich mir!“

Das mittelbeige Lächeln des Untersuchungsrichters begann herrlinger nervös zu machen.

„Es liegt nicht der mindeste Grund vor, meine Worte scherzhaft zu nehmen,“ sagte er gereizt. „Wir wollen Ihnen ja auch Torwesten nicht vorenthalten und verlangen bloß einige Zeit, bis er sich erholt hat.“

„Die ich Ihnen aber leider nicht gewähren kann,“ erwiderte Dr. Wasmut plötzlich ernst werdend. „Es wäre der größte Fehler, den ich begehen könnte, Ihrem Klienten Zeit zu lassen, sich ein Verteidigungsplem zurecht zu legen. Ich habe in dieser Sache so viel Beweismaterial sammeln können, daß die Voruntersuchung sehr bald abgeschlossen sein kann. Es bedarf nur

## Amtliche Bekanntmachungen

Betr. Anwartschaft der Angestellten auf die Erwerbslosenfürsorge und Anmeldung derselben bei der zuständigen Krankenkasse.

Durch die 7. Ausführungsverordnung zur Erwerbslosenfürsorgeverordnung vom 21. Januar 1926 R.G.B. I. S. 96 sind nunmehr auch die Angestellten mit einem jährlichen Einkommen von 2700—6000 RM. in die Erwerbslosenfürsorge einbezogen worden. Die genannten Angestellten und ihre Arbeitgeber sind mit Wirkung vom 1. Januar 1926 an beitragspflichtig zur Erwerbslosenfürsorge. Bei Berechnung der Beiträge wird die obere Grenze der Krankenversicherungspflicht als wirklicher Arbeitsverdienst zugrunde gelegt. Die Beiträge sind an die Krankenkasse zu entrichten, bei der die Angestellten für den Fall ihrer Krankheit pflichtversichert wären, wenn ihr Arbeitsverdienst nicht über die Grenze der Krankenversicherungspflicht hinausginge.

Arbeitgeber, die Angestellte genannter Art beschäftigen, haben dies unverzüglich der zuständigen Krankenkasse (Allgem. Ortskrankenkasse oder Betriebskrankenkasse) zu melden. Die Meldung ist als Beitragsmeldung zur Erwerbslosenfürsorge zu bezeichnen und muß die Angestellten nach Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Wohnung, Beschäftigungsort, Arbeitsverdienst und Beginn des Beschäftigungsverhältnisses auführen. Endet das Beschäftigungsverhältnis oder wird die obere Verdienstgrenze der Angestelltenversicherungspflicht überschritten, so ist der Angestellte abzumelden. Die Beiträge sind bis zum Eingang der ordnungsmäßigen Abmeldung fortzuführen.

Die Ortsbehörden werden beauftragt, Vorstehendes den beteiligten Kreisen bekannt zu geben. Den außer Arbeit stehenden Angestellten wird empfohlen, sich alsbald an den öffentlichen Arbeitsnachweis Calw zu wenden, woelbst sie nähere Auskunft über die für sie geltenden rechtlichen Verhältnisse erhalten.

Calw, den 11. Febr. 1926.

Oberamt: Rippmann.

### Betr. Viehmarkt in Herrenberg.

Der am 16. Febr. ds. Js. in Herrenberg stattfindende Vieh- und Schweinemarkt ist für Vieh aus dem Bezirk Calw aus seuchenpolizeilichen Gründen gesperrt.

Calw, den 11. Februar 1926.

Oberamt: Rippmann.

Wenn Deutschland in den Völkerbund eintritt, so will es dort in erster Linie die aus den Locarnoverträgen sich ergebenden Sicherungen, die an sich nur formelmäßigen Charakter haben, bei jeder Gelegenheit konkret geltend machen. Es will für die von seinem Volkskörper durch den Versailler „Vertrag“ gewaltsam abgetrennten oder durch einseitige Schiedsprüche des Völkerbundes uns „trifften“ rein deutschen Gebiete eintreten. Es will überhaupt die Rechte aller deutsch Minderheiten geltend machen, und nicht nur der deutschen, sondern aller Nationalitäten. Sodann können wir aus den Erfahrungen der letzten Jahre heraus die Forderungen der unterdrückten Völker und Rassen unterstützen, und dadurch dazu beitragen, daß das internationale Rechtsgesetz gegenüber dem bis heute unumchränkt herrschenden Macht- und Gewaltprinzip an Boden gewinnt.

Selbstverständlich sind sich die heute die Weltpolitik ausschlaggebend beeinflussenden Ententestaaten darüber klar gewesen, daß der Eintritt Deutschlands in den zur Sicherung ihrer durch den Krieg erworbenen Vormachtstellung gegründeten Völkerbund nicht nur moralische Stärkung der deutschen Politik zur Folge haben, sondern auch den deutschen Vertretern manche günstige Gelegenheit zu einer moralischen Offensive gegen die Gewaltpolitik der Siegerstaaten geben wird. Abgesehen davon, daß nun die sog. Sanktionen gegen Deutschland nicht mehr von den Franzosen zu Erfressungszwecken durchgeführt werden können, daß die Militärkontrolle auf den Völkerbund übergeht, daß man uns am Rheinland gewisse Erleichterungen zugehen mußte; Deutschland kann vom Zeitpunkt der Aufnahme in den Völkerbund sowohl im Völkerbundsrat wie in der Völkerbundsversammlung stets seine Stimme gegen Absichten und Beschlüsse erheben, die seine eigenen Rechts- und berechtigten Interessenansprüche zu verletzen geig-

net sind, es kann mit ganz anderer Resonanz als bisher für die deutschen Minderheiten sich einsetzen, und nicht nur für die deutschen Minderheiten, sondern für alle unterdrückten Stämme, Völker und Rassen, die heute ebenso wie wir unter der Gewalt- und Ausbeutungspolitik der Ententestaaten leiden.

Wird gewisse Staaten der Großen und Kleinen Entente alten Grund haben, in dieser Richtung Bestrebungen zu hegen, hat man sich schon zu einer Zeit, als der deutsche Anspruch auf einen Sitz im Völkerbundsrat, dem politischen Hauptfaktor des Völkerbundes, bekannt wurde, mit der Frage beschäftigt, wie die deutsche Einflußnahme möglichst eingebremst werden könne. Und schon damals ist Polen mit dem Anspruch auf einen Sitz im Völkerbundsrat hervorgetreten. Diese Absichten haben nun, wo die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund akut geworden ist, erneut Gestalt gewonnen. Frankreich unterstützt die polnischen Wünsche, und damit die Sache nach außen hin keinen so ausgesprochenen ententistischen Charakter zeigt, wird gleichzeitig dafür Propaganda gemacht, auch Spanien und womöglich einem südamerikanischen, natürlich Frankreich freundlichen State ebenfalls je einen Sitz im Völkerbundsrate einzuräumen. In diesem Sinne dürfte wohl auch die gegenwärtig tagende Kleine Entente sich aussprechen, denn ihre Mitgliedsstaaten sind es ja, die mit am meisten an dem Minderheitsproblem und damit an der Niederhaltung des deutschen Einflusses interessiert sind.

Wenn demgegenüber jetzt von englischer Seite auf die Gefahren der Aktionsunfähigkeit eines derart erweiterten Völkerbundsrats bzw. der weiteren Stärkung der französischen Stellung in demselben hingewiesen wird, so hat das weiter nichts zu sagen, denn bekanntlich sind die Engländer bisher noch immer zu Gunsten der Franzosen mit ihren Anschauungen zurückgetreten. Schlimmstenfalls könnte aber eine derartige Erweiterung des Völkerbundsrates für Deutschland keinen Grund bilden, überhaupt dem Völkerbund fern zu bleiben, denn schließlich wird es in erster Linie auf die Qualität der Vertreter und darauf ankommen, wie sie ihre Rechtsansprüche zur Geltung zu bringen vermögen.

Wir dürfen ja vorerst nicht auf besonders offensiv in Erscheinung tretende praktische Erfolge rechnen, die Hauptsache ist, wie gesagt, die moralische Beeinflussungsmöglichkeit, und die muß energisch, aber mit ebenso großer Vorsicht wie Geduld ausgenutzt werden.

Durch den Eintritt in den Völkerbund bekommen wir wieder Gelegenheit, direkt an den Fragen nicht nur der europäischen, sondern der Weltpolitik mitzuarbeiten. Die Beziehungen der Weststaaten zu Sowjetrußland sind noch keineswegs auch nur geklärt; wir können hier Vermittler in einer unsere weltpolitische Stellung stützenden Weise sein, wir können unsere Beziehungen zu China und Japan, überhaupt zu dem Osten und zum Orient, zu den amerikanischen Staaten in weit größerem Umfange als bisher aktiv gestalten, und wir können vor allem versuchen, im Hinblick auf die Emanzipierung der außereuropäischen Staaten und Erdteile die europäischen Staaten zu der Einsicht zu bringen, daß Europa machtpolitisch, wirtschaftlich und kulturell in absehbarer Zeit seine bis zum Siege führende Rolle ausgespielt haben wird, wenn die europäischen Staaten sich nicht endlich zu der Erkenntnis durchbringen, daß ihre gemeinsamen materiellen und ideellen Interessen wesentlich größer sind im Vergleich mit ihren tatsächlichen und angeblichen Interessengegensätzen.

## Bergeffert nicht Euern Mißbehalt in Reichs- und Staats-Papieren zur Aufwertung anzumelden

einem einzigen Blick zu überschauen. Nur daß sie für Torwesten bei seinem jetzigen Zustand sehr ernst sein mußte, begriff er.

„Sollen Sie nun auch etwa Fräulein Siebert verhaften lassen?“ fragte er endlich dumpf.

„Nein. Sie hat ja nur im Glauben an Torwestens Unschuld gehandelt. Eine Mitschuldige ist sie keinesfalls. Als Zeugin freilich werde ich sie später vielleicht nicht entbehren können.“

„Und Torwesten halten Sie wirklich für schuldig?“

„Das wird von seinem Verhalten abhängen. Die Dyttons, welche ich bereits vernahm, behaupten, sie hätten ihn nur verborgen, aber nicht gefangen gehalten.“

„Was sagen sie über den Mord an Chambers?“

„Daß Torwesten ihn nach einer Eiferjuchtszene begangen habe. Der Alte erfuhr erst nachher davon, der Junge war Zeuge, konnte ihn aber nicht mehr verhindern.“

„Das ist eine erbärmliche Lüge!“

„Darüber werden die Geschworenen zu urteilen haben,“ erklärte der Untersuchungsrichter kühl. Herrlinger richtete sich entschlossen auf.

„Ja. Aber dann wird auch die Verteidigung zur Stelle sein und hoffentlich nicht ungerüstet!“

Dr. Herrlinger verbeugte sich und verließ das Zimmer.

15.  
Heidy Siebert stand vor dem Untersuchungsrichter. Ihre klaren blauen Augen ruhten mit stolzem, fast klammendem Ausdruck auf ihm.

„Wie sollte er auf diese Frau noch eifersüchtig gewesen sein, da er längst aufgehört hatte, sie zu lieben?“ sagte sie. „Es ist Lüge, wenn sie behauptet, er habe sich mit ihr angezogen. Er liebt nur mich. Ich schwöre Ihnen, daß er nur mich liebt. Und diese einzige Tatsache genügt, um Ihrem Verdacht jeden Grund zu entziehen. Er kann Chambers nicht getötet haben, da er nicht mehr eifersüchtig auf ihn gewesen sein konnte!“

(Fortsetzung folgt.)

## Reichsbahngesellschaft und Reichsaufsicht.

Vor einem engeren Kreis geladener Persönlichkeiten der Württ. Wirtschaft, Vertretern der Staatsregierung, des Landtags und der öffentlichen Anstalten sprach im Festsaal der Handelskammer Staatssekretär a. D. Dr. h. c. Stieler über das Thema „Reichsbahngesellschaft und Reichsaufsicht“. Im Auftrag des Württ. Industrie- und Handelsrats begrüßte Kommerzienrat Erhard-Gmünd den Minister Volz, die Vertreter des Arbeitsministeriums, des Landtags, der Reichsbahndirektion, der Oberpostdirektion, der Handelskammern, der Handwerkskammern, der Landwirtschaftskammer, der Landesverbände von Industrie, Großhandel, Einzelhandel und sonstiger kaufmännischer Fachorganisationen. Staatssekretär Dr. Stieler sprach sodann zu dem gestellten Thema, das er allein vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus erörterte. Er führte aus, daß die Reichsbahn sich bewußt sei, das kostbarste Vermögensobjekt des Reiches zu verwalten. Falsch sei der Vorwurf, daß die Reichsbahn im Gelde schwimme. Die Tageseinnahme der Reichsbahn bleibe täglich um 2 Millionen hinter den Schätzungen zurück; statt 15,6 Millionen gehen täglich nur 13,5 Millionen Markt ein. Die Schwierigkeiten der Trennung von Verwaltung und Aufsicht bestehen vom ersten Tag, als die Eisenbahn auf das Reich übertragen worden ist. Die Hauptgefahr des Parlamentarismus für die Reichsbahn lag auf dem Gebiet des Tarifwesens und der Personalpolitik. Immer war es klar, daß die Freiheit der Reichsbahn vom Parlament größer werden müsse. Heute besteht nun der Gegensatz zwischen dem Generaldirektor, der nur dem Aufsichtsrat verantwortlich ist, und dem Reichsverkehrsminister, der vom Parlament abhängt. Diese scharfe Trennung wurde erst durch den Verfolg der Dawes-Gesetze eingeführt. Der Redner erläuterte dann einige Bestimmungen des damals geschaffenen Reichsbahngesetzes. Darnach habe die Reichsbahngesellschaft das Recht, die Gehälter der oberen Beamten frei festzusetzen, ferner das Recht, bis zu 5 Proz. der Personalausgaben besondere Leistungszulagen zu gewähren. Die oberen Beamten erhalten nun besondere Zulagen über ihren Gehalt. Mit diesen Zuschlägen wird am meisten gegen die Reichsbahn Stimmung gemacht, obgleich sie nicht 2 pro Mille der Gesamtausgaben ausmachen. Andere öffentlich-rechtliche Institute, wie die Reichsbank, gehen in den Bezügen ihrer leitenden Persönlichkeiten noch viel weiter. Der Redner führte aus, daß er es begründen würde, wenn auch die andern Beamten des Reichs höhere Bezüge erhielten, denn er halte die heutige schlechte Bezahlung der Beamenschaft für falsch. Die Leistungszulagen an die übrige Beamenschaft seien ein Ersatz für das, was man bei der Arbeiterschaft durch Einführung des Affordersverfahrens zu erreichen suchte. Gegen diese Zulagen habe sich die Reichsregierung gewandt. Es sei aber sehr zweifelhaft, ob das Tarifaufsichtsrecht dazu benötigt werden dürfe, die Gesellschaft auf einem Gebiet einzuschränken, wo sie nach dem Gesetz freie Hand habe. Die einmalige Weihnachtzulage habe die Reichsbahn mitmachen müssen, da die Reichsregierung damit vorangegangen sei. Eine Loslösung von der Gehaltsordnung des Reiches sei heute dringend geboten. Es gehe nicht an, daß das Reich die Gehälter der Reichsbahnbeamten festsetze, es aber der Reichsbahn überlasse, durch Tarifierhöhung für Deckung zu sorgen. Wenn das Reich weiter so fortfahre, die Massenbezüge seiner Beamten zu erhöhen, könne die Reichsbahn ohne Tarifierhöhung nicht folgen.

Des weiteren behandelte der Redner die Lohnstreitigkeiten mit der Arbeiterschaft und erklärte, warum die Reichsbahn den erst ergangenen Schiedsspruch nicht anerkenne. Die Mehrausgaben von 11 Millionen Mark könnte die Reichsbahn wohl aufbringen. Der Grund der Ablehnung sei vielmehr der, daß die Löhne der Reichsbahnarbeiter bereits höher als die Industrielöhne seien und weil wiederum der Versuch gemacht werde, den Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern zu verringern. Zudem stehe die Reichsbahn auf dem Standpunkt, daß die Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen für die Reichsbahn nicht anwendbar sei. Ueber das Verhältnis zum Kommissar der Reichsbahn und zu den Ausländern im Verwaltungsrat führte Dr. Stieler aus, daß die Ausländer bis jetzt in höchst diskreter Weise aufgetreten seien, die Kontrolle vollziehe sich in einer Form, die für unser nationales Empfinden erträglich sei. Eine Reform des Reichsbahngesetzes müsse künftig nach der Richtung eintreten, daß außer dem Kommissar auch der deutsche Reichsverkehrsminister im Verwaltungsrat anwesend sei. Des Ziel sollte die Reichsregierung durch Ueber-einkommen mit dem an Dawesplan beteiligten Regierungen durchsetzen können. Zur Tariffage führte der Redner aus, daß ohne die letzte Tarifierhöhung um 10 Prozent bereits im letzten Jahre die Reichsbahn unter finanziellen Schwierigkeiten zu leiden gehabt hätte. Alles andere waren Tarifferabsetzungen. Im Mai 1924 sind 50 Pr. aller Güter zum Ausnahmestafel gefahren worden und heute 64 Pr. Die Tariffinderzahl sei heute auf 138, in Dänemark auf 179, Schweden 196, Norwegen 180, Schweiz 163, Niederlande 200. Niedriger sei sie nur in Ländern mit schwächerer Wäuta, so in Frankreich auf 93. Demgegenüber betrage der Personalindex 159, mit Pensionen sogar 173. Die Personalausgaben betragen heute 65 Pr. der Gesamtausgaben. Es erhebe sich nun die Frage, wie die Reichsbahn bei einem so großen Personalindex mit einem so kleinen Tariffinder auskommen könne. Dies sei nur möglich durch Zurückstellung von sachlichen Ausgaben, hauptsächlich bei der Gleisunterhaltung und Fahrzeugbeschaffung. Die Wirkung davon sei aber, daß die Industrie und ihre Arbeiterschaft keine Beschäftigung habe. Was also den Beamten und Arbeitern der Eisenbahn zugewandt werde, werde der Allgemeinheit entzogen. Eine ganz unerquickliche Frage sei, daß der Reichsbahn durch Anwendung von allgemeinen Mitteln Konkurrenz gemacht werde. Der Redner erinnerte hier besonders an den Bau des Kanalansals. Bei den Kanalbauten heiße es, daß es auf die Rentabilitätsfrage nicht ankomme, sondern nur darauf, die Tarife zu ermäßigen. Er habe große Sorge, ob nicht ein Konkurrenz sich später einstellen werde. Er habe sich bisher gehütet, das in Württemberg so populäre Kanalprojekt anzugreifen, aber in diesem Kreise dürfe er nicht darüber schweigen. Die Kanalprojekte des Reiches hängen mit der Verärgerung des Reiches über die heutige Lage zusammen. daß die Reichsbahn nicht mehr der vollen Vollmächtigkeit des Reiches unterworfen sei. Eine weitere Konkurrenz für die Reichsbahn bilden die Kraftwagen, die steuerlich bevorzugt seien, da sie nicht zu den Wegbaukosten beitragen müssen. Solange die Reichsbahn die Dawes-Lasten zu tragen habe, dürfe für andere Verkehrsmittel aus Allgemeinen Steuermitteln kein Aufwand gemacht werden. Ob

der Dawesplan erfüllt werden könne, wisse er nicht. Es sei aber eine nationale Pflicht, daß die Reichsbahn dafür Sorge, daß das Reichsbahngesetz künftig in loyaler Weise vollzogen werde. Der Redner erntete für seine überaus aufklärenden Ausführungen reichen Beifall.

## Aus Stadt und Land

Calw, den 15. Februar 1926.

### Kaninchenzüchterverein Calw.

Man schreibt uns: Anlässlich der Kaninchen-Gauausstellung der vereinigten Kaninchenzüchter des Nagoldganges in Nagold erhielt der Kaninchenzüchterverein Calw von 33 ausgestellten Tieren 24 Preise, und zwar einen 1. Siegerpreis: Ludw. Ackermann; Ehrenpreise erhielten L. Ackermann 1, Kammerer 1, Zwerger 1, Hilt 1, Wiedmaier 2, Holzäpfel 1; 1. Preise erhielten: Ackermann 3, Kammerer 1, Wiedmaier 3; 3. Preise erhielten: Kammerer 1, Hilt 2, Ackermann 1, Zwerger 2, Wiedmaier 3, Brenner 1; ferner erhielten noch für beste Gesamtleistungen die Herren Wiedmaier und Ackermann je eine schöne Ehrengabe des Kaninchenzüchtervereins Nagold. Ausgestellt hatten noch die Vereine Liebenzell, Stammheim, Wildberg und Nagold, welche alle auch sehr gute Preise mit nach Hause nahmen. Ausgestellt waren im ganzen 104 Nummern, durchweg gutes Material. Man sieht hieraus, daß mit Raschheit noch viel erreicht werden kann und es sollte sich jeder Züchter damit befassen. Es gibt leider noch immer viele Kaninchenzüchter, die planlos darauf los züchten, aber nicht zu ihrer Freude, sondern meist zu ihrem Verdruß. Der Kaninchenzüchterverein versorgt seine Mitglieder mit reinen Tieren und erteilt die nötige Aufklärung für die Zucht, sodas jeder Züchter Freude und Interesse an der Sache gewinnt. Die Zucht von Kaninchen ist besonders zu empfehlen, einmal weil Kaninchenfleisch, was den Nährwert anbetrifft, fast an erster Stelle steht, es selbst von Rheumatikern ohne Schaden genossen werden kann und durch seine Preiswürdigkeit dem Volkwohl zugute kommt, zum andern läme eine stärkere Kaninchenzucht unserer Volkswirtschaft sehr zusetzen, werden doch jährlich für mehrere Millionen Reichsmark Kaninchen für die deutsche Pelzindustrie aus dem Ausland eingeführt. Diese Gelder könnten dem deutschen Volkswohl zufließen.

### Aus der Stadtverwaltung Bad Liebenzell.

Am 5. Februar fand unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Maulen eine Gemeinderatssitzung statt. Nach der Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung wurde in die Tagesordnung eingetreten. — Die Forstverwaltung beabsichtigt, den Reuchlingsweg beim unteren Bad von der Lutterlinde bis zum Schlierholzwaldchen planmäßig auszubauen. Die Gemeinde ist mit einem Teil des Weges interessiert, weshalb die Forstverwaltung ersucht, einen Beitrag zu den Kosten zu leisten, sowie die Verpflichtung zu übernehmen, die Kosten für die künftige Unterhaltung der Wegstrecke zu tragen. Der Gemeinderat begrüßt die Durchführung des Planes und beschließt, einen Beitrag von 300 M. zu leisten und für die Unterhaltung des städt. Weganteils aufzukommen. Die Forstverwaltung wird ersucht, die Arbeiten vor Beginn der Saison ausführen zu lassen und dabei Erwerbslose zu beschäftigen. — Die Württ. Landesparlase in Stuttgart hat die Gemeinde aufgefordert, die bei ihr aufgenommenen, im Januar 1923 zurückbezählten Schulden aufzuwerten. Der Gemeinderat anerkennt die moralische Verpflichtung, diese, sowie die bei der Landesversicherungsanstalt Stuttgart und der Oberamtsparlase Calw in Goldmark aufgenommenen und mit wertlosem Papiergeld zurückbezählten Schulden aufzuwerten, zumal auch der Gemeindeverband Teinach seine durch den Kauf des städt. Elektrizitätswerkes entstandene Schuld bei der Gemeinde in entgegenkommender Weise mit 50 Prozent aufwertet. Ueber die Höhe des Aufwertungsatzes wird nach Klärung der Finanzverhältnisse der Gemeinde beschlossen. — Die Aufwertung der Schulden, worunter auch die ehemalige Wasserleitungsschuld ist, sowie die Kosten für die Instandhaltung der Wasserleitung machen die Erhöhung des Wasserzinses notwendig, wenn die hierzu notwendigen Mittel nicht durch Steuern ausgebracht werden sollen. Der Gemeinderat beschließt, die Wasserzinskommission zu beauftragen, Vorschläge über die notwendige Erhöhung zu machen. — Die Bereitstellung von Kostendarlehen zur Beschäftigung der Erwerbslosen löst insofern auf Schwierigkeiten, als verlangt wird, daß wenn ein Reichsbahnen gewährt werden soll, mindestens 2000 Arbeitstage für Erwerbslose sichergestellt werden müssen. Diese Forderung ist für kleinere Gemeinden nicht durchzuführen, da die Finanzierung solch großer Arbeiten gegenwärtig nicht möglich ist. So steht sich der Gemeinderat gezwungen, auf die Durchführung der geplanten umfangreichen Arbeiten zu verzichten und nur die Arbeiten ausführen zu lassen, deren Finanzierung möglich ist. Es wird beschlossen, zunächst die Thermalwasserleitung vom Oberen Bad in die Kuranlagen zur Ausführung zu bringen und dazu die Förderung durch das Arbeitsamt zu beantragen. — Architekt Geisel, der am Monalamer Berg ein größeres Landhaus erstellt hat, beantragt wiederholt die Ausführung eines ordnungsmäßigen Fahrwegs zu seinem Haus. Er ist bereit, 60 Prozent der anfallenden Kosten zu tragen. Der Gemeinderat beschließt, zunächst für das Gebiet des Monalamer Bergs die Bau- und Straßenlinien feststellen zu lassen. Gleichzeitig beschließt der Gemeinderat für dieses Gebiet die bestehende Ortsbauordnung dahingehend zu erweitern, daß die Gebäude, in landhausartigem Stil gebaut, einen Abstand von mindestens 12 Meter voneinander haben müssen, höchstens zwei volle Stockwerke und einen ausgebauten Dachstuhl haben und einem Baustreifen von 15 Meter Tiefe erstellt werden dürfen, damit nicht durch die enge und unschöne Bauweise das hervorragende Landschaftsbild gerührt wird. — Dem Antrag der Stadtpflege entsprechend, werden sämtliche städt. Gebäude mit 50 Prozent zur Feuerversicherung angemeldet, sodas die Versicherung derselben im Vorausfall nunmehr bis zu 230 Prozent des Anschlags beträgt. — Auf einen im „Calwer Tagblatt“ erschienenen Bericht von Liebenzell, in dem u. a. auch die Frage der Gasversorgung angeschnitten war, richtet die Verwaltung des Gaswerks Calw an den Gemeinderat ein Schreiben, in dem sie betont, daß die in dem Bericht ausgebräute Meinung, die Elektrizität sei im Stande, das Gas zu ersetzen, irrig sei, vielmehr die Elektrizität für die Heizung viel zu teuer sei und auch in Zukunft nicht so billig werden könne, wie das Gas und daß es nötig sei, beides, Gas und Elektrizität nebeneinander zu haben. Das Gaswerk fragt nun an, wie sich der Gemeinderat zur Gasfrage stelle. Nach Aussprache, in der auf die Fernversorgungsprojekte anderer Gemeinden hingewiesen wird, beschließt der Gemeinderat, der Gaswerksverwaltung Calw mitzutheilen, daß der Gemeinderat bereit sei, der Frage der Gaszuleitung von Calw näherzutreten, wenn das Gaswerk die Zuleitung und die Ortsleitung ausführen lasse und das Gas zu einem angemessenen Preis liefere. — Der

Vorsitzende teilt dem Gemeinderat mit, daß durch die Verhandlung mit den Milchhändlern der Milchpreis ab 1. Februar um 2 Pf. pro Liter ermäßigt wurde. — In nichtöffentlicher Sitzung wird Stadtpflege Klepper, dessen Anstellungszeit am 15. Juli ds. Js. abläuft, einstimmig auf weitere 10 Jahre gewährt.

### Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Die Luftdruckverteilung hat noch keine Ausgleichung erfahren. Für Dienstag und Mittwoch ist, wenn auch in der Hauptsache trockenes, so doch zeitweise bedecktes Wetter zu erwarten.

SCB Neuenbürg, 13. Febr. Von dem Lastauto des Güterbeförderers Zeller wurde Mittwoch abend das 4jährige Söhnchen des Karl Bäuerle, Gastwirt zum „Bahnhof“, Engelsbrand, überfahren. Es erlitt Verletzungen am Kopf und einen Bluterguß am linken Arm, doch besteht keine Lebensgefahr. Das Kind wurde vom Wagenführer ins Haus getragen.

SCB Freudenstadt, 14. Febr. Vom Württ. Landesamt für Arbeitsvermittlung ist der hiesigen Stadtverwaltung zur Stadtbauplanmäßigen Herstellung der Straße vom Stadtbahnhof bis zum Schlachthaus einschließlich Kanalisation, Wasser- und Gasleitung ein Darlehen von 10 000 Mark zur Verfügung gestellt worden. Die Gesamtkosten sind zu 34 000 M. verrechnet.

SCB Freudenstadt, 14. Febr. Ein frisch zugereistes, angelegtes Ehepaar, das in einem hiesigen Gasthof übernachtete, hat am andern Morgen französischen Abschied genommen. Durch sofortige Benachrichtigung der Kriminalpolizei, die das Paar beim Verlassen der Stadt schon beobachtet hatte, ist es gelungen, es mit Kraftwagen einzuholen. Die Ueberreisung war nicht gering, als der Wirt dem Auto entstieg, seine Rechnung präsentierte und gleichzeitig auch die Polizei ihres Amtes wartete.

SCB Göppingen, 13. Febr. Gestern nachmittag wurde ein etwa 30 Jahre alter Mann aus Bartenbach ins Amtsgericht eingeliefert. Bei der Vernehmung sprang er kurzerhand durchs offene Fenster aus dem zweiten Stock und blieb blutüberströmt im Schloßgarten liegen, sodas seine Einklebung ins Krankenhaus notwendig wurde. Ob er einen Fluchtversuch beabsichtigte, oder in selbstmörderischer Absicht handelte, konnte nicht festgestellt werden.

SCB Geislingen a. St., 13. Febr. Zu dem Großfeuer in Haujen i. Th. wird noch berichtet, daß die Feuerwehren von Haujen, Ueberlingen, Deggingen, Reichenbach und Unterböhringen und die Weckerlinien von Geislingen und Göppingen tätig waren, um den Brand zu löschen. Ein Glid war es zu nennen, daß Windstille herrschte, denn sonst wäre es sicher um die Ortschaften Hausen geblieben gewesen. Die Ursache des Brandes dürfte mit aller Sicherheit auf Selbstentzündung zurückzuführen sein. Das Feuer brach im Autoschuppen aus nahm seinen Weg hinter dem Wohnhaus über das Turbinenhaus hinweg auf die eigentliche Mühle, die mit den neuesten Maschinen eingerichtet war. Ein vollständig neuer Kraftwagen konnte nicht einmal mehr herausgebracht werden, so rasch griff das Feuer um sich. Der Schaden dürfte mindestens auf 500 000 bis 600 000 M. zu schätzen sein. Der Besitzer der Kunstmühle Wilforth ist nur zur Hälfte des entsprechenden Verlustes in der Versicherung gedeckt. Die ganze Nacht hatte die verbliebene Feuerwehr am Brandherd noch zu tun und am andern Morgen sah man da und dort noch kleine Feuerherde. Die Mühle nebst den anliegenden Schuppen und auch das Wohnhaus ist zum Teil ein Raub der Flammen geworden. An Wasser war kein Mangel, und das war gut, sonst wäre, wie bereits bemerkt, die Ortschaft Hausen am andern Tag ein Trümmerhaufen gewesen. Der gewaltige Brand lockte eine große Anzahl Neugieriger herbei und es war eine gewaltige Wölkerveränderung in den Nachtstunden zu verzeichnen. Zu Tausenden strömten die Leute aus den Nachbarorten, das schaurig-schöne Schauspiel zu sehen. Die Firma hatte große Aufträge und war in der Lage, Tag und Nacht den Betrieb in Gang zu halten.

SCB Ulm, 13. Febr. Gestern mittag fuhr vermutlich infolge fahrräder Weichenstellung auf dem Bahnhof Söflingen ein Kanterzug auf eine einzelne Maschine, wodurch diese aus dem Gleis geworfen und schwer beschädigt wurde. Der Lokomotivführer wurde verletzt und mußte vom Platze getragen werden. Weitere Personen kamen nicht zu Schaden.

SCB Von der Aler, 14. Febr. Fast täglich ziehen durch die Ortschaften rechts und links der Aler Zigeunerwagen und sonstiges fahrendes Volk talauf- und -abwärts. Das gerade das schöne Nertal so viel mit diesen Besuchern beglückt wird, rührt von der bequemen Befehrsmöglichkeit her. Zudem liegen hier eine Menge Dörfer und Marktflecken so daß sich eine Fahrt durch das Nertal für dieses zweifelhafteste Volk schon eher lohnt als eine Berg- und Talfahrt durch abgelegene Gegenden. Haben sie sich in einem Dorf niedergelassen, so kann man das mehr als überläufige Wesen dieser Gesellschaft zu verjähren bekommen. Wenn einmal ein paar Wagen, je 10-50 braune große und kleine Gestalten ausweisen, die das Dorf tatsächlich überfluten und daselbst zehnmal ausbettehen, dann vergeht auch demjenigen, der noch für Zigeunertromantik schwärmen sollte, der Sinn dafür.

SCB Waldsee, 14. Febr. Nach langen Bemühungen ist es endlich gelungen, den seit 1924 freibrieflich verbotenen, bekannten Bauernhauseinbrecher Kilian Schwarz von Trifflitz N. M. Leutlich festzunehmen. Schwarz befand sich bei einer Familie in Mittelurbad. Die Festnehmung mußte vorsichtig angegangen werden, da Kilian Schwarz eine Schußwaffe dauern bei sich führte und schon früher mit Schießen gedroht hat. Die Untersuchung führte auch eine entführte, mit 9 Schuß versehene Selbstladepistole zutage. Mit dem Verhafteten werden sich in nächster Zeit verschiedene Gerichte des Landes beschäftigen.

## Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

### Berliner Briefkasten.

100 holl. Gulden	168,51 Mk.
100 franz. Fr.	15,52 Mk.
100 schweiz. Frk.	81,02 Mk.

### Börsenbericht.

SCB Stuttgart, 14. Febr. Am Samstag lag die Börse wieder ziemlich fest, es gab aber nur geringe Umsätze bei kleinen Kurssteigerungen.

### Produktenbörsen- und Marktberichte

des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

### Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 12. Febr.

Edeläpfel 25-35; Tafeläpfel 15-25; Kartoffeln 4-5; Wirsing 10-15; Fildertraub 5-7; Weißtraub 5-7; Roßtraub 7-10; Blumenkohl p. St. 40-100 Rosenkohl 15-30; 1 Pfd. 40-50; rote Rüben 1 Pfd. 6-8; gelbe Rüben 8-12; Zwiebeln 1 Pfd. 7-10; Rettiche 1 Stück 3-6; Sellerie 1 Stück 10-30; Schwarzwurzeln 30-40; Spinat 40-50.

### Viehpreise.

Lüdingen: Ochsen 400-700, Kühe 400-650, Kalbinnen und Kinder 400-700, Jungvieh 200-400, Rälber 100-200 Mark. — Waiblingen a. G.: Ein Paar Jungtiere 1000, ein Paar Ochsen 1500, Kühe 400-700, Kleinvieh 180-300 M. das Stück. — Winnenden: Ochsen 600, Stiere 465-532, Kühe 300 bis 450, Kalbinnen 400-600, Schmalvieh 180-400 M. das Stück.

**Wirtschaftliche Wochenrundschau.**  
**Börse.** Die Börsenlage war in dieser Woche schwankend. Durch die Meldungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wurde die Tendenz angeregt. Dagegen verflachte die Spannung zwischen Italien und Deutschland, wenn auch nach der Antwort Stresemanns auf die Ausführungen von Mussolini die Hauptfragen geschwunden sind. Die Kaufaufträge aus dem Ausland sind zurückgegangen. Auch im Inlande machte sich eine gewisse Ermüdung bemerkbar. Die Baisse-Partei benutzte diese Momente zu scharfen Vorstößen und erreichte auch Kursrückgänge bis zu 2 Prozent. Davon wurden namentlich die Montanmärkte betroffen, während die Märkte für Schiffahrt- und Bauwerte ziemlich stark blieben.  
**Geldmarkt.** Die Flüssigkeit am Geldmarkt setzte sich weiter fort und fand ihren Ausdruck in der weiteren Herabsetzung des Privatdiskonts auf 5 1/2 Prozent. Durch diese Zinsermäßigungen wird, wenn auch langsam, eine Verbindung zwischen dem Geldmarkt und dem Kapitalmarkt hergestellt und die Neigung zu langfristigen Anlagen gestärkt. Man rechnet für Februar mit dem Weitergang der Zinsermäßigung und fasst dies als Vorläufer einer Herabsetzung des Reichsbankdiskonts auf.

**Produktenmarkt.** Die Lage an den Produktenmärkten war etwas schwächer. Anregende Momente lagen von keiner Seite vor, so daß das Geschäft nicht in Fluß kommen konnte. An der Stuttgarter Landesproduktenbörse blieben Heu und Stroh mit 7 1/2 bzw. 5 1/2 Mark pro Doppelzentner unverändert. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 250 (+1), Roggen 152 (-4), Winter- und Futtergerste 158 (-2), Sommergerste 196 (-2), Hafer 167 (-1) Mark je pro Tonne und Mehl 35,5 (-3 1/4) Mark pro Doppelzentner.  
**Warenmarkt.** Die Vertrauenskrise, von der besonders die Warenmärkte in Mitleidenschaft gezogen wurden, nimmt ihren Fortgang. Die Zahl der Konkurse und Geschäftsausschlüssen, aber auch die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter nimmt täglich zu. Der Inlandsabsatz mußte sich angesichts dieser Lage verschlechtern. Das Preisniveau ist noch nicht nennenswert zurückgegangen. Der Absatz nach dem Ausland leidet stark unter der ausländischen Konkurrenz. Die deutsche Außenhandelsbilanz weist für Januar 1926 nur einen mäßigen Ueberschuß auf. In schroffem Gegensatz zu der Not von Handel und Industrie steht die Verschwendungssucht weiter Kreise in der heutigen Faschnacht, die die wirtschaftliche Not allerdings nicht erkennen läßt und den Außenstehenden ein falsches Bild

von der wahren wirtschaftlichen Lage Deutschlands gibt. So hat man errechnet, daß in München allabendlich 25 000 bis 30 000 Mark allein für Eintrittskarten für Faschnachtsveranstaltungen ausgegeben werden.  
**Viehmarkt.** Auf den Schlachtwiehmärkten und den Fleischmärkten blieben bei geringerem Angebot die Preise unverändert.  
**Holzmarkt.** Die Verkäufe auf den Rundholzmärkten hielten sich in engem Rahmen. Die Kaufabschlüsse bewegten sich in Württemberg zwischen 108 und 129 Prozent. Brennholz findet leichter Abnehmer. Gerne werden die Reststücke ersteigert, da infolge der Betriebsbeschränkungen die Leute Gelegenheit zum Aufarbeiten haben.  
**Fruchtpreise.**  
 Balingen: Haber 9,30 M. — Giengen a. Br.: Roggen 9, Gerste 8,20—8,90; Haber 8,20—8,50; Weizen 11,80—12 M. — Erolzheim: Kernen 12,50; Weizen 11,50; Roggen 8,20 M. — Nagold: Weizen 12—12,50; Gerste 9,50—10; Roggen 10; Haber 8,50—9; Ackerbohnen 8,20—8,75 M. — Nürtingen: Weizen 13, Haber 9,50; Unterländer Dinkel 10 M. — Tübingen: Dinkel 17—18; Haber 16—18; Weizen 23—25; Gerste 18—20 M. d. D.  
**Holzpreise.**  
 Der Holzverkauf im Stadtwald Bradenheim ergab einen Erlös von 7169 M. (Anschlag 6227 M.).

**Calw, den 14. Februar 1926.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine liebe Gattin, unsere liebe, treue, besorgte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Christine Keller**   
 geb. Schleich  
 ganz unerwartet rasch im Alter von nahezu 51 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.  
 Im Namen der trauernd Hinterbliebenen der Gatte: **Philipp Keller**, Mesner, mit Kindern.  
 Beerdigung Dienstag nachmittag um 2 Uhr.

**Hiesau, den 14. Februar 1926.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel  
**Anton Formanek**   
 im Alter von 61 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.  
 Beerdigung Dienstag nachmittag 4 Uhr.

**Oberkollwangen, den 15. Februar 1926.**  
**Todes-Anzeige.**  
  
 Allen Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau  
**Christine Greule**  
 geb. Förcher  
 im Alter von 71 Jahren und 4 Monaten unerwartet rasch gestorben ist.  
 Der tieftrauernde Gatte:  
**Jakob Greule senior.**  
 Beerdigung Dienstag Mittag 1 Uhr.

Führende Badische Weinhandlung  
**sucht** bei Hotels und Gastwirtschaften gut eingeführte  
**Beretreter.**  
 Angebote mit Referenzen unter **B. W. Nr. 87** an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

**Forstamt Liebenzell.**  
**Wegbau-Akkord.**  
 Die Arbeiten zur Verbesserung des „Neuen Ottenbronnweges“ bis zur Dietersbachklänge nebst Einmündung des neuen Holzabfuhrweges „Badwaldweg“ im Staatswald VI. Hauptleiterhang mit einer Länge von rd. 1430 m und einer Voranschlagsumme von rd. 33000 RM. werden als Notstandsarbeiten nach den hierfür bestehenden und nach den weiterhin von der Staatsforstverwaltung für Wegbauten festgesetzten gedruckten Bedingungen öffentlich vergeben.  
 Schriftliche verschlossene Angebote werden spätestens bis Samstag 20. d. Mts. mittags 12 Uhr an das Forstamt erbeten. Zuschlagserteilung durch die Forstdirektion wird sich vorbehalten.  
 Kostenvoranschlag und Pläne liegen auf der Forstamtskanzlei zur Einsichtnahme auf.

**Fischwasser-Verpachtung.**  
 Die Gemeinde Neuhausen und das Forstamt Liebenzell verpachten am Montag, den 22. d. M., nachmittags 2 Uhr im hiesigen Rathaus das Fischwasser des Monbachs auf 12 Jahre (23. April 1926 bis dahin 1938) wozu Liebhaber freundlichst eingeladen werden.  
 Neuhausen, 13. Februar 1926.  
 Der Gemeinderat: Hirn.

**Neubulach.**  
**Bau- und Hopfenstangen-Verkauf.**  
 Die Stadtgemeinde verkauft aus ihren Wäldern am Ziegelbach am **Mittwoch, den 17. Februar 1926** vormittags von 10 Uhr an Bau- und Hopfenstangen 102 Stk. Ia, 170 Stk. Ib, 158 Stk. II, 36 St. III. Klasse. Hagstangen 10 Stk. I., 237 Stk. II., 108 III. Klasse. Hopfenstangen 373 Stk. I., 15 II. Klasse, zusammen 1224 Stk. Zusammenkunft im Seizental, Stat. Talmühle. Hierzu sind Käufer eingeladen.  
 Stadtschultheißenamt: Müller.

**Wirt. Volksbühne Theaterauschuss Calw**  
 Um die Wirt. Volksbühne unserer Stadt zu erhalten, ist es dringend notwendig, die Ausgaben auf ein Mindestmaß zu beschränken. Es ergeht deshalb an die verehrl. Einwohnerschaft von Calw die Bitte, wenigstens einen Teil der Mitglieder der Volksbühne vom 17./18. Febr. und vom 18./19. Febr. in Privatquartiere aufzunehmen.  
 Diejenigen Familien, die hierzu bereit sind, werden gebeten, sich bei Buchhändler Häpfler in eine Liste einzutragen oder sich dort auf schriftl. oder telefonischem Wege vormerken zu lassen, mit Angabe, ob Dame oder Herr erwünscht ist.  
 Es sind bis jetzt nur einige wenige Quartiere angemeldet worden. Der Theaterauschuss erlaubt sich deshalb, noch einmal auf die Notwendigkeit der Bereitstellung von Quartieren hinzuweisen. Anmeldungen bis spätestens Dienstag Abend in der Buchhandlung Häpfler.  
 Der Vorsitzende.

**Hühneraugen und harte Haut**  
  
**Silberol**  
 besessigt  
 Packung 75 Pig. Verkaufsstelle  
**RITTERROGERIE KISTOWSKI.**

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.

**Badischer Hof**  
  
 Dienstag, den 16. Februar 1926  
 abds. 8 Uhr (Faschnachtsdienstag)  
**Tanz-Abend**  
 Orchester: Eine Abteilung der Calwer Stadtkapelle.

**Pfannkuch**  
 Zu  
**Faschnachts Ruchle Weizenmehl**  
 Spezial 0 18 5 Pfd. 1 M.  
**Feinstes Anzugsmehl**  
 5 Pfd. 1 38 M.  
**Schweine-Schmalz**  
 rein amerik. 100 Pfd. 1 M.  
**Rokosfett**  
 1 Pfd. 70 M.  
**Nußbutter u. Landbu Margarine Backöl**  
**Feinste Tafelbutter**  
**Frische Steiermücker Eier**  
 Beachten Sie bitte unsere Sonderpreise in Marmeladen.  
**Pfannkuch**  
 2 neue  
**Hobelbänke**

**Sonderangebot!**  
 80 cm breit weiß Macco-Hemdenuch für seine Leibwäsche mit kleinem Ausstellungsfehler  
 statt Mark 1.90 Mark 1.60  
 Ich rate, von dieser seltenen Gelegenheit regen Gebrauch zu machen.  
**Paul Röchle, Calw**

**Reichert**  
 Mein Lager ist anerkannt reichhaltiger als das vieler Spezialgeschäfte d. Großstadt  
**Koffer und Reiseartikel**  
 Reisekörbe  
 Reisetaschen  
 in Leder, Segeltuch, Dulkantfibre u. Hartpappe

**Faschnachts-Ruchlein**  
 bei **Carl Dingler**  
 Marktplatz.

**Masken-Kostüme**  
 (Herren und Damen)  
**Konfetti**  
 u. s. w. bei  
**Winz, Marktplatz.**

mit eisernen Spindeln verkauft preiswert  
**Gottlieb Rathfelder, Wagner, Neubulach.**

**Forstamt Stammheim.**  
**Nadelstammholz- und Reifig-Verkauf**  
 Am Freitag, den 19. Februar 1926, nachmittags 4 Uhr, im „Bären“: 170 Stück Fichten VI. Kl. zu Hopfenstangen geeignet.  
 Anschließend um 5 Uhr das Flächenreißig aus Abtl. Mittl. Brühlberg und Kentsheimer Berg.

Ein wenig gespieltes  
**Piano**  
 in wie neuem Zustande schwarz poliert (Neupreis M 1400) zu nur M 920.— zu verkaufen; volle Garant., auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung.  
**A. Uebel, Pianohaus Pforzheim, westl. 51.**

**Kind** verkauft  
 Johannes Kentschler.